

## **Beschluss des Landrats vom 17.11.2022**

Nr. 1838

### **40. Schluss mit privatem Tanken an kantonseigenen Tankstellen** 2022/42; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Lucia Mikeler Knaack** (SP) informiert, dass der Regierungsrat die Motion entgegennehme und Abschreibung beantrage.

**Yves Krebs** (glp) hat sich vor einiger Zeit entschieden, das Thema «Privates Tanken» zu bearbeiten. Es ist hoch interessant, wie sich der Fokus verschieben kann. Ging es ursprünglich um «Fringe Benefits», also um Zusatzleistungen für Kantonsangestellte und sogar für die Pensionierten, muss man heute eher sagen: «Danke, dass du bei uns tankst. Dank dir können wir eine grössere Einkaufsmenge einkaufen, dank dir erhöht sich die Umschlagsmenge und wir profitieren somit von Mengenrabatten. Dank dir stärkt sich die Verhandlungsposition gegenüber Lieferanten.» Das sind alles O-Töne aus der Antwort. Und weiter: «Wir als Kanton wollen möglichst viel fossilen Treibstoff einkaufen, möglichst viel Wertschöpfung generieren für erdölexportierende Länder. Dafür brauchen wir sogar noch die Pensionierten, die mittanken.»

Das ist eine Geisteshaltung, wie der Votant sie nur vom Militär kennt, als er am zweitletzten WK-Tag noch Munition vernichten oder Benzin verfahren musste. Hören wir auf mit diesem Unsinn! Das gehört sich einfach nicht bei einem Gut wie Erdöl. Man kann das vielleicht mit Kugelschreibern machen, um ein bisschen günstiger einkaufen zu können.

Wie auch in der Antwort ersichtlich ist und er sich vielerorts sagen liess, ist das Benzin an den kantonseigenen Tankstellen nicht immer günstiger. Es ist eher so, dass wenn der Kanton Monate zuvor teurer eingekauft hat und wenig später der Marktpreis sinkt, man an den kantonseigenen Tankstellen sogar draufzahlen muss. Das ist ein ordnungspolitisch fragwürdiger Markteingriff.

Yves Krebs sieht es auch von der Versorgungslage her als völlig unproblematisch an, dass der Kanton in Zukunft nicht mehr so viel Treibstoff bunkert. Denn nicht nur die Zukunft, auch die Gegenwart ist elektrisch. Das Polizeiauto, welches täglich am Stück über 600 km durchs Baselbiet fährt, möchte er erst mal sehen. Es gibt im Bereich der Elektromobilität mittlerweile auch mehr als nur einen konkurrenzfähigen Anbieter, zum Glück. Jedes kantonseigene Fahrzeug hat Zugang zu einer Steckdose. Es gibt keinen Grund, noch irgendwelche kantonseigenen Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren zu beschaffen. Es sei denn, man kann nicht rechnen.

Höre man also auf mit privatem Tanken an kantonseigenen Tankstellen, höre man auf mit falschen Anreizen und ordnungspolitisch fragwürdigen Markteingriffen. Höre man auf mit dem Kanton Basel-Landschaft als grosser Player im Erdölmarkt und setze man diesem Treiben ein klares Enddatum. Deshalb wurde der 31. Dezember 2026 in die Motion geschrieben. Herzlichen Dank für die Unterstützung.

**Reto Tschudin** (SVP) hatte gehofft, Yves Krebs ziehe seinen Vorstoss zurück, denn es wird nicht besser, wenn man etwas x-fach bringt. Der Votant ist selber Angestellter des Kantons Baselland und besitzt eine Tankkarte, die ihn etwa 1 Rappen teurer tanken lässt, als wenn er in Lausen an der Tankstelle tanken würde. Das war eben kein Versprecher, sondern das ist der Stand vom Freitag, letzte Woche. Die «Fringe Benefits» lassen sich also schon mal streichen. Er ist aber auch nicht ganz sicher, von welcher Seite der Vorstoss wirklich motiviert ist. Geht es darum, den Kantonsangestellten ihr Privileg wegzunehmen, oder darum, ihnen Alternativen zu bieten? Letzteres beinhaltet der Vorstoss nicht. Das Job-U-Abo ist nämlich schon geprüft und wird eingeführt. Yves Krebs meinte vorhin, die Kantonsangestellten würden vom Kanton fast gezwungen, dort zu tanken, um ihn bei seiner Lagerhaltung zu unterstützen. Das macht übrigens durchaus Sinn, denn

der Kanton kann Treibstoff günstiger einkaufen. Und diesen braucht er heute unter anderem, weil Polizei- und Feuerwehrautos noch nicht alle elektrisch fahren. Den Tankrabatt nun aber schon mal abzuschaffen, um das Pferd von hinten aufzuzäumen, funktioniert definitiv nicht. Sollte es 2030 tatsächlich nur noch alternative Antriebe geben (was auch Wasserstoff sein kann), braucht das Lager auch nicht mehr so gross zu sein. Der Kanton wird dann das Lager ohnehin verkleinern, denn nur zugunsten seiner Mitarbeitenden hält er den Treibstoff nicht vor. Er profitiert davon, dass die Mitarbeitenden an der eigenen Tankstelle tanken, es spricht aber auch nichts dagegen, dass die Angestellten zwei Kilometer weiterfahren, um ihren Tank anderswo zu befüllen. Beim einen Anbieter zahlt man 3 Rappen mehr, beim anderen 2 mehr und in Lausen wie gesagt 1 Rappen weniger. Ein Markteingriff ist also definitiv nicht gegeben.

Es ist ein Fakt, dass das Treibstofflager wichtig ist, und zwar solange es Kantonsfahrzeuge gibt, die dort tanken *müssen*. Im Falle eines Stromausfalls verfügen nämlich nur wenige Tankstellen – zwei der drei – über eine eigene Stromversorgung. Die Feuerwehrfahrzeuge werden die ersten sein, die in einem solchen Fall – wegen der Aggregate – gefragt sind. Wenn denen das Diesel ausgeht, haben alle ein Problem, denn die normalen Tankstellen funktionieren dann nicht mehr. Eine gewisse Lagerhaltung seitens Kanton ist also absolut sinnvoll. Dass das Lager eine gewisse Umwälzung hat, weil Kantonsmitarbeitende dort tanken, ist kein Problem. Und auch dagegen, dass man das Anrecht nach der Pensionierung nicht gleich wieder verliert, spricht aus Sicht des Votanten nichts. Das Argument, dies würde den Markt verfälschen, stimmt wie gehört nicht – denn an gewissen Privattankstellen ist das Tanken sogar billiger. Die FDP-Fraktion ist klar für Abschreibung bzw. gegen Überweisung.

Was verlangt Yves Krebs eigentlich, fragt **Ursula Wyss Thanei** (SP). Es geht um das Datum 31.12.2026. Also um einen Zeitraum von etwas mehr als 3 Jahren. In dieser Zeit sollte es möglich sein, gewisse Schritte weg vom Import zu tun. Er verlangt zusätzliche alternative Benefits, wobei der Regierungsrat sehr wohl aufzeigen konnte, dass bereits einige vorhanden sind. Der Regierungsrat hat zudem erklärt, dass das Job-Ticket eingeführt wird, was zu einer eindeutig spürbaren Reduktion führen wird, indem Anreize geschaffen werden, auf den ÖV umzusteigen. Die SP-Fraktion unterstützt die Forderungen des Motionärs, sie ist aber für ein Stehenlassen des Vorstosses.

Die Gründe: Der Kanton möchte laut eigenen Aussagen im Lauf der Zeit, nicht sofort, vom Import fossiler Treibstoffe wegkommen. Davon ist in der Antwort überhaupt nichts zu spüren. Es ist dort die Rede von grossen Mengen, die sich einkaufen lassen, und einer Erhöhung der Menge dadurch, dass die Mitarbeitenden ihren Tank auffüllen. Das macht einfach keinen Sinn und ist nicht nachvollziehbar. Auch ist die Argumentation schwer nachvollziehbar, dass der Preisbenefit von 1 Rappen nicht wirken soll. Man muss ja einberechnen, dass eine kantonale Tankstelle durchaus unterschiedliche Preise haben kann, weil die einen den Markt- und die anderen den Einkaufspreis verwenden. Das kann zwischendurch zu grösseren Unterschieden führen. Für die SP ist damit immer noch ein Anreiz gegeben, weiterhin auf fossile Treibstoffe zu setzen, und somit ist der Ansatz falsch.

Es gibt noch ein weiteres Argument, das irritierend ist, nämlich dass die Qualität des Treibstoffs gehalten werden könne, wenn er häufiger umgesetzt wird. Da muss man sich fragen, wie denn der Zustand der Tanks ist. Sind die dicht? Sind sie der Sonnenwärme und dem Sonnenlicht ausgesetzt? Muss man dort sanieren? Wenn solche Überlegungen im Raum stehen, darf man durchaus auch grundsätzlicher über die Bücher und sich eine Strategie überlegen, wie man den Ausstieg findet. Die SP-Fraktion vermisst das und ist deshalb gegen Abschreiben.

**Andreas Dürr** (FDP) glaubt, dass dieser Vorstoss alles ein bisschen verwischt und durcheinanderwirbelt, so dass man am Schluss gar nicht weiss, was der Urheber will, weshalb man dagegen oder dafür ist – indem man entweder Beamten-Bashing betreibt (im Sinne von: «Sauerei, dass die

günstiger tanken dürfen!») oder auf Umweltschutz macht (Tankstelle als Feindbild), oder man sagt, es sei ein Anreiz fürs Autofahren und eigentlich sollte man nicht nur die Tankstelle, sondern gleich noch das Auto verbieten. So wird also alles bunt vermischt.

Überweisen und Abschreiben wäre hier die eleganteste Lösung, dann hätte man das vom Tisch. Was bleibt aus dieser Gefühlsgemengelage übrig? Um den 1 Rappen Preisvorteil kann es ja wohl nicht gehen, den «Fringe Benefit» kann man also getrost vergessen. Man kann grundsätzlich die Tankstelle hassen, in dem Fall muss man für die Überweisung sein. Die dritte Variante wäre, dass es ein sicherheitsrelevantes Notfallkonzept gibt und der Kanton dafür nach wie vor fossile Brennstoffe benötigt. Kommt man zur letzteren Erkenntnis, sieht man, dass der Kanton nicht nur eine Tankstelle braucht, sondern er diese auch optimal führen muss. Dafür braucht es einen Minimalumsatz. Wenn man den Beamten dafür einen Rappen schenkt, dann ist das doch schön – sollen sie doch dorthin fahren (solange sie es ausserhalb der Dienstzeit tun).

Die FDP-Fraktion ist klar der Meinung, dass das weder ein Umweltschutz- noch ein Beamtenthema ist, sondern ein reines Pflichtlagerhaltungsthema. Deshalb ist sie gegen die Motion bzw. für Überweisen und Abschreiben.

In Basel-Stadt müsste man Kantonsangestellter sein, findet **Béatrix von Sury d'Aspremont** (Die Mitte), denn dort gibt es Schnäppchen ohne Ende. So können die rund 11'000 Mitarbeitenden der kantonalen Verwaltung günstiger zum Coiffeur und zum Zahnarzt, sie erhalten Vergünstigungen bei Apotheken, beim Onlineshop von Brack und bei nicht weniger als 9 Umzugsfirmen. Es ist erstaunlich, was es dort für Rabatte bzw. Vorteile für Kantonsangestellte gibt – eine Liste mit 196 Vergünstigungen, gemäss der «bz» vom 5.8.2020. Noch überraschender ist das Beispiel des Kantons Luzern. Dort profitieren z. B. Polizistinnen und Polizisten, Sachbearbeitende der Kantonsverwaltung und Unidozierende von 10 % Ermässigung auf Särge. Auch eine neue Waschmaschine, Wein und Autofelgen gibt es zum Sonderpreis, gemäss «Blick» vom 4.1.2022. So gesehen sind die hiesigen Vergünstigungen doch sehr massvoll. Hier stellt sich die Frage, ob Treibstoff an die Kantonsangestellten günstiger abgegeben werden darf. Sicherlich ist es erfreulich, dass der Unterhalt der kantonseigenen Zapfsäulen mit dem erzielten Gewinn durch die Abgabe von Treibstoff ermöglicht wird. Klimapolitisch gesehen ist das aber nicht wünschenswert. Es steht ausser Frage, dass es immer Angestellte geben wird, die auf ein Auto angewiesen sind. Deshalb wäre es sinnvoll, künftig auf e-Tankstellen umzusteigen. Ebenso soll damit die Elektromobilität gefördert werden. Ob das auf 2026 möglich sein wird, ist eine andere Frage. Man darf nicht vergessen, dass auch die Blaulichtorganisationen weiterhin auf Benzin und Diesel angewiesen sind. Die Mitte/glp-Fraktion folgt deshalb dem Regierungsrat, überweist die Motion und schreibt sie ab.

**Markus Graf** (SVP) kommt nach den Vorträgen von Landrat Krebs und Landrätin Wyss nur ein Wort in Sinn: weltfremd. Es ist weltfremd, was sie da rausgelassen haben. Haben Sie daran gedacht, dass es nicht nur Autos, sondern auch Lastwagen gibt? Die Baselbieter Bevölkerung verlässt sich auf den Kanton, dass alles funktioniert. Wenn es 3 Tage lang schneit, muss die Schneeräumung funktionieren, und man weiss, dass die Elektromobilität dann am Anschlag ist. Es braucht deshalb immer auch Dieselfahrzeuge, weil die immer funktionieren. Ein Beispiel: Überschwemmung im Ahrtal. Was hat damals noch funktioniert? Der alte Dieselmotor, 30 bis 40-jährig, hat geholfen, die Leute zu retten. Elektroautos hat man keine gesehen. Es kommt Markus Graf deshalb nur das eine Wort in den Sinn: Weltfremd.

**Yves Krebs** (glp) hat es immerhin geschafft, dass in mindestens der Hälfte seiner Vorstösse Andi Dürr kommt und sagt, dass alles vermischt werde und man am Schluss nicht mehr wisse, worum es gehe. Aus irgendeinem Grund hat Yves Krebs ja aber sein Postulat vor einem Jahr zurückgezogen, weil das eben auf die «Fringe Benefits» fokussiert hatte. Je länger er sich damit beschäftigte, desto mehr fiel ihm auf, dass es damit nicht funktioniert. Denn es stimmt schlicht und einfach

nicht, dass die Mitarbeitenden so extrem davon profitieren. Früher dachte er, der Kanton sei nicht konkurrenzfähig mit den Löhnen, weswegen er in den Vorstellungsgesprächen darauf hinweisen könne, dass man hier immerhin günstiger tanken könne. Heute kann er bei Vorstellungsgesprächen auf Homeoffice, flexible Arbeitszeiten, 2 Jahre Lohnfortzahlung etc. verweisen. Man kann aus seinem Vorstoss aber definitiv nicht herauslesen, dass er gegen die kantonseigenen Tankstellen sei oder den Wert des Erdöls für die Versorgungssicherheit in Frage stelle. Er stellt jedoch in Frage, weshalb denn die Pensionierten und Angestellten fast schon genötigt werden, dort zu tanken, nur damit der Kanton seine Einkaufspolitik durchsetzen kann. Darum geht es! Mit der gleichen Argumentation könnte man sagen, man solle die Munition verballern, damit das Budget eingehalten werden kann. Er kann sich nicht vorstellen, dass es überhaupt einen Kanton gibt, wo aus Gründen der Versorgungssicherheit die Pensionierten tanken müssen. *[Gelächter]*

**Irene Wolf-Gasser** (EVP) sagt, dass auch einige aus der Grüne/EVP-Fraktion die Motion von Yves Krebs unterschrieben haben. Auch ihnen scheint es, dass die «Fringe Benefits» aus der Zeit gefallen sind. Unter Umständen würde man, nur wegen der Vergünstigung, von weit her anreisen, um dort enttäuscht festzustellen, dass der Sprit doch nicht günstiger ist als anderswo. Das Job Ticket hatte ihre Fraktion eindeutiger unterstützt, weil sie dies als zeitgemässer einschätzt. Ihre Haltung ist somit etwas gespalten, einerseits unterstützt sie Yves Krebs, andererseits den Regierungsrat, der überweisen und abschreiben möchte.

**Christine Frey** (FDP) findet die Diskussion interessant. Ihr scheint aber, dass nicht über das Richtige diskutiert wird. Als sie noch für das KSBL gearbeitet hatte, führte das Spital als grosser Arbeitgeber eine Liste mit Institutionen, die sich dafür beworben haben, den Angestellten ihre Produkte 10 % günstiger abzugeben. Den Arbeitgeber kostet das keinen Franken, und für das Unternehmen ist es interessant, dadurch eine potentielle Kundschaft von mehreren tausend Personen zu gewinnen. Die Diskussion müsste deshalb eigentlich sein, ob man die «Fringe Benefits» mit Steuergeldern finanziert, also die Steuerzahler dafür bezahlen, dass die Staatsangestellten vergünstigt tanken können. Die Höhe der Vergünstigung spielt dabei keine Rolle, es geht um die Grundhaltung. In dieser Frage unterstützt sie grundsätzlich, dass Mitarbeiterin und Mitarbeiter nicht vergünstigt tanken können sollen. Egal, um welche Energie es geht.

**Florian Spiegel** (SVP) hat beim ersten Mal noch darüber hinweggehört, nach der zweiten Falschaussage von Yves Krebs über Kontingente beim Militär muss er sich nun doch melden. Der Votant ist seit bald 15 Jahren Logistik-Offizier in der Armee. Es ist unglaublich, was immer wieder für ein Unsinn über Kontingente rausgelassen wird. Wer diesen «Seich» behauptet, soll es das nächste Mal schwarz auf weiss vorlegen. Seit Jahrzehnten findet das nicht mehr statt. Es gibt für jede Truppengattung einen Etat, der bestimmt, welches Produkt welchen Bestand aufweist. Auch wenn vom Bestand kein Millimeter verbraucht wird, hat man ihn im Jahr darauf trotzdem wieder gut. Braucht man mehr, muss man das beantragen. Zur Grössenordnung: Die Armee verbraucht mit all ihrem Treibstoff, egal für was, im Verhältnis zur Gesamtschweiz knapp 1 %.

**Reto Tschudin** (SVP) möchte nun auch noch zwei Falschaussagen richtigstellen. Es wird erstens kein Steuerfranken zugunsten der Staatsangestellten ausgegeben. Im Gegenteil, ist das Benzin nicht nur 1, sondern 2 Rappen teurer, und tanken deshalb weniger Leute an den Kantonstankstellen, wird es für den Steuerzahler teurer, weil der Kanton das Benzin oder den Diesel trotzdem benötigt und somit teurer einkaufen muss. Es wird hier also kein Steuerfranken für die armen Staatsangestellten verschwendet.

Zweitens kann davon, dass man die Staatsangestellten vor dem Zwang, dort zu tanken, schützen müsse, wie Yves Krebs meinte, keine Rede sein.

**Marcel Zimmermann** (Die Mitte) kommt sich angesichts dieser etwas aufgeheizten Diskussionen vor wie zuhause in der Stube...

Zur Sache: Er ist im technischen Dienst des Kantons tätig, ist ziemlich in der Materie drin und findet es interessant, zu hören, was ihn motivieren soll. Seine private Fahrzeugflotte hat er auf Hybrid umgestellt, und der Preis an der Tankstelle interessiert ihn nicht so sehr. Wenn man aber schon bei «Benefits» ist: In der BUD gibt es zwei Gratisstrom-Tankstellen, die er jeden Monat ablesen muss. Es wird etliches an Steuergeldern dafür aufgewendet, die Leute zu motivieren, ihre Elektroautos dort zu betanken. Wenn nun aber 2026 das fossile Tanken abgestellt wird, sollte man fairerweise auch das Strom-Tanken abstellen. Dies sei hier noch zu bedenken gegeben.

Insgesamt würde es einem gut anstehen, etwas runterzufahren. Der «Benefit» ist auf jeden Fall nicht sehr gross. Er selber fährt nicht extra die Kantonstankstellen an, sondern erledigt das an der Tankstelle auf seinem Weg nach Hause. Die Emotionen scheinen ihm hier etwas zu weit gegangen zu sein. Runterfahren – und ablehnen.

**Markus Dudler** (Die Mitte) hätte sich nicht gemeldet, wenn er nicht Mitunterzeichner des Vorstosses wäre. Er hat ihn unterschrieben unter der Annahme, dass die Kantonsangestellten einen vergünstigten Preis beim Tanken erhalten. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Die Preisstruktur scheint einfach verzögert zu sein, weil der Einkauf in grösseren Mengen erfolgt. Der Preis ist aber nicht primär vergünstigt. Wichtig ist ihm einfach, dass man mit dem Job Ticket vorwärts macht, weil es sich als modernen Arbeitgeber gehört, den Angestellten ein solches zur Verfügung zu stellen. In Baselbiet begreift vermutlich niemand, dass der Staat dies nicht schon lange tut.

://: Mit 46:37 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Motion überwiesen und mit 63:20 Stimmen bei 1 Enthaltung abgeschrieben.

---